

Pressekontakt:

Jascha Engelhardt
Tel.: 06131 / 208 3021
Mobil: 0170 / 324 8445
E-Mail: jascha.engelhardt@fdp.landtag.rlp.de

Die FDP-Fraktion im Internet:

www.fdp-fraktion-rlp.de
www.facebook.com/FDP.Fraktion.RLP
www.twitter.com/FDPFraktionRLP

Pressemitteilung

Nr. 06/2020 - Mainz, den 30.01.2020

Landtag beschließt Antrag zum besseren Schutz vor unseriösen Schlüsseldiensten Thomas Roth: Dreiste Abzocke muss ein Ende haben

Mainz. Der rheinland-pfälzische Landtag hat heute, am 30. Januar 2020, einen Antrag der Koalitionsfraktionen beschlossen, der einen besseren Schutz der Menschen vor Abzocke durch unseriöse Schlüsseldienste fordert. Dazu sagt der Verbraucherschutzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Thomas Roth:

„Bereits vor einem Jahr hat die FDP-Fraktion einen Antrag zu den Praktiken unseriöser Schlüsseldienste in den Ausschuss für Verbraucherschutz eingebracht. Schon damals war klar, dass dringend etwas gegen die Abzocke von Menschen in Not durch unseriöse Schlüsseldienste unternommen werden muss. In der Koalition waren wir uns schnell einig, dass es dringend einer parlamentarischen Initiative bedarf, um Bürgerinnen und Bürgern vor diesen Machenschaften besser schützen zu können.

Die Preisgestaltung vieler Schlüsseldienste ist für die Menschen nur schwer nachvollziehbar. Häufig fehlt es an objektiven Kriterien bei der Preisgestaltung. Daher ist es notwendig, offene und transparente Preisverzeichnisse zu erstellen. Dies kann dazu führen, dass unseriöse Anbieter schnell vom Markt verschwinden und sich bei der Bevölkerung ein neues Vertrauen in die Branche entwickelt.

Wichtig ist, dass nun auch der Bund endlich tätig wird. Schließlich sind in ganz Deutschland täglich Menschen von dieser dreisten Abzocke betroffen und letztlich muss zur besseren Handhabung gegen die unseriösen Schlüsseldienste bundesgesetzlich vorgegangen werden. Es freut mich sehr, dass unsere Landesregierung nun vorangeht und eine entsprechende Initiative in den Bundesrat einbringen wird. Dies macht deutlich, dass die Koalitionsfraktionen mit dem heute beschlossenen Antrag ein wichtiges Vorhaben angestoßen haben.

Gleichwohl ist es wichtig, dass sich von Abzocke betroffene Menschen mit möglichst genauen Informationen an die Zentrale für den Verbraucherschutz wenden. Umso höher die Zahl der gemeldeten Fälle ist, desto besser kann den schwarzen Schafen das Handwerk gelegt werden.“